



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Carnevali, Dalmo: Die türkische Frage und Italien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nichten. Kapitalistische und sozialistische Entartung arbeiten sich hier wahrhaft nihilistisch in die Hände. Positiver Aufbau ist auf dem so versauerten Boden unmöglich, eine Entbindung der bodenständigen nationalen Kräfte des deutschen wie des russischen Volkes wird dadurch hoffnungslos untergraben.

Unter welchen Masken der wahnwitzige Gedanke einer proletarischen Klassendiktatur es versucht wird, sich in der fortschreitenden Versumpfung, der wir entgegengehen, die deutsche Wirklichkeit zu erobern, das läßt sich heute schwer übersehen. Die taktisch günstige Lage des Generalstreiks hat die Gewerkschaften zu dem Versuch ermutigt, unmittelbaren Einfluß auf die Regierungsbildung zu nehmen. Die organisatorische Rückständigkeit der oberen Stände gibt den proletarischen Berufskörperschaften einen unleugbaren Vorsprung. Nicht etwa der klassenkämpferische Zusammenschluß des gesamten Bürgertums in „Bürgerräten“ oder dgl., wohl aber die bestandhafte Durchgliederung auch der nichtproletarischen Berufsgruppen und vor allem die Durchdringung der starren Schichtung nach dem Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft zeigt den Weg an, auf dem sich das Bürgertum auf die nahe oder ferne Stunde rüsten muß, wo die Erziehung oder doch die Ergänzung des parlamentarischen durch ein korporatives System zur unabwiesbaren Notwendigkeit werden wird. An dieser Aufgabe können und müssen alle diejenigen Kräfte mitarbeiten, die nicht mit der gesunden Mitwirkung, wohl aber mit der verwucherten Allmacht der Parteien aufräumen wollen. Die Klassendiktatur des Industrieproletariats der Großstädte wäre ein wahnwitziger Versuch, der schon am natürlichen Widerstande des Landes scheitern müßte, selbst wenn das Bürgertum dem Terror erliegen und die Kraft zum einmütigen Widerstand nicht aufbringen sollte. Ueber den Zeitpunkt der Gefahr kann man streiten, die Gefahr als solche ist kaum zu unterschätzen. Weder von rechts noch von links, sondern nur von rechts und links ist sie zu überwinden. Nicht die Klasse, nicht die Partei, nicht der einzelne Stand: das Volk als unzerstörbare Leiblichkeit hat heute oder morgen zu entscheiden, ob es gesunden und fortbestehen oder ob es in Blut und Schrecken untergehen will.



Die türkische Frage und Italien

Von Dalmo Carnevali (Rom)



Die Mittelmeerinteressen Italiens sind eng verbunden mit dem zukünftigen Geschick der Türkei, und deshalb werden für uns die Entscheidungen über dasselbe von größter Bedeutung sein, weil von ihnen der Fortschritt beziehungsweise Rückschritt des wirtschaftlichen Einflusses und der wirtschaftlichen Aktivität Italiens in der Levante abhängen wird. Es ist daher nicht möglich, gleichgültig zu bleiben gegenüber den einander entgegengesetzten Thesen, die in bezug auf Erhaltung oder Zerstörung des türkischen Staates aufgestellt worden sind; denn es gibt keine Mittelmeer-macht, die in höherem Maße als Italien das Bedürfnis eines dauerhaften Friedenszustandes im Orient empfindet. Aber um die Ursachen neuer, gefährlicherer

Interessenkonflikte auszuschalten, ist es notwendig, daß die übertriebenen Ansprüche der verschiedenen Konkurrenten gemäßigt werden durch die Einsicht in die höhere Notwendigkeit, den Frieden des Orients auf die Erkenntnis der tatsächlichen Bedingungen, unter denen die von Türken bewohnten Gebiete stehen, zu gründen.

Allzu viele phantastische Ideen, die übrigens in hohem Maße kapitalistischen Interessen entsprechen, haben die im gegenwärtigen Augenblick allein mögliche Lösung des osmanischen Problems verhindert: eine Lösung, auf die Italien offen seit Ende Mai 1919 hinarbeitet, und die sich die Erhaltung des türkischen Staates in den Gebieten zur Aufgabe macht, in denen die osmanische Bevölkerung wirklich eine kompakte ethnische Majorität gegenüber anderen Völkerschaften bildet, die seit Jahrhunderten mit ihr zusammen leben. Es ist übrigens notwendig, zu der Überzeugung durchzudringen, daß die politisch-administrativen Einrichtungen der Türkei in sehr viel geringerem Maße reformbedürftig sind, als man gemeinhin annimmt. Es würde genügen, die Neuerungen auf unmittelbare Unterdrückung der im Augenblick ihres Auftretens leicht zu behebenden Mißbräuche und Irrtümer zu beschränken, das Funktionieren der Zollbehörden und die Ordnung des Grundeigentums zu sichern, innere Ordnung und Sicherheit zu verbürgen, das Polizeiwesen umzugestalten, die Verkehrsstraßen instand zu setzen, mit einem Wort: das praktische Funktionieren der Verwaltung zu sichern, die sich die straffe Leitung des gesamten provincialen und hauptstädtischen Organismus aneignen muß, damit der türkische Staat seinen Aufgaben genügen kann, ohne auf utopische Projekte zu verfallen.

Es ist Zeit, die Wirklichkeit, wie sie sich in diesen Tagen darstellt, ins Auge zu fassen, anstatt Zeit an die phantastische Erneuerung geschichtlicher Epochen, die nicht wiederkehren, zu verlieren. Wir denken an die Rückgabe von Konstantinopel, ferner des kleinasiatischen Küstengebietes und des inneren Thraciens, die die Denkschrift von Venizelos der Friedenskonferenz angenommen hat unter Berufung auf Jahrhunderte alte Ansprüche, die in krassem Widerspruch steht zu der administrativen und politischen Ohnmacht eines so kleinen Staates wie Griechenland, der vollkommen unter der doppelten Schutzherrschaft fremder Finanzen und fremder Politik steht. Die Pariser Konferenz hat sich nicht geäußert, gegenüber den griechischen Forderungen einerseits und den türkischen Forderungen andererseits, die sich die vollständige Erhaltung des Gebietes zum Ziel setzen, das bislang dem osmanischen Reich unterworfen war (das mit anderen Worten in sich nicht nur die bis zum Kriege unter der direkten Oberherrschaft des Sultans stehenden arabischen Provinzen, sondern auch Ägypten schließt). Die Prüfung dieser Fragen ist in den Londoner Verhandlungen zwischen Millerand, Lloyd George und Mitti unter anderen Voraussetzungen wieder aufgenommen worden, als es diejenigen waren, unter denen zuerst die Pariser Konferenz die Grenzen des Problems ins Auge faßte.

Die Griechen haben durch den Vertrag von Neuilly lediglich das Recht erhalten, Garnisonen im westlichen Thracien stehen zu lassen, ohne daß die Frage der Gebietsübertragung zu ihren Gunsten entschieden wäre, während für das östliche Thracien ein Kompromiß getroffen ist, das das territoriale Problem gleichfalls offen läßt. Ein internationales Abkommen hat stattdessen entschieden, daß der Hafen von Dedeagatsch dem freien Handel Bulgariens gelassen wird, welches

die Griechen von jedem irgendwie gearteten Zugang zum Ägäischen Meer ausschließen wollten. Thracien soll wieder mit Konstantinopel verbunden werden, das als Hauptstadt des türkischen Staates Sitz des Kalifen bleiben soll. Und mit Konstantinopel soll auch das ganze Gebiet von Anatolien vereinigt werden, da dort die Masse der türkischen Bevölkerung eine vollkommen überwiegende Stellung einnimmt. Die Durchfahrt durch die Meerengen soll durch eine besondere Instanz geregelt werden, die unter der Kontrolle der Mächte, Rußland natürlich nicht ausgeschlossen, steht.

Was die armenische Frage angeht, so sind hier zwei Tendenzen hervorgetreten. Eine kurdische Abordnung, die in Paris von dem türkischen General Scherif Pascha geführt wurde, geht darauf aus, daß Armenien auf den Bezirk von Erivan und einen Teil des Bezirks von Wan beschränkt wird und daß es abgesehen von einem Hafen am Kaspischen Meer, von jedem Wege zum Meere ausgeschlossen werden soll. Die Armenier beanspruchen demgegenüber nicht nur ganz Rußisch-Armenien, sondern auch die sechs Distrikte von Türkisch-Armenien und Cilicien. Aus dem Widerstreit dieser beiden Tendenzen wird wahrscheinlich ein unabhängiger Staat, der einen Hafen in Trapezunt haben wird, hervorgehen, vorbehaltlich der Lösung der Frage des Besitzes von Mersina, Adana und Alexandrette, der von Frankreich und England bestritten wird. Frankreich wird in seinem Besitz die syrische Zone des Libanon behalten, indem es das Innere vielleicht unter der englisch-arabischen Herrschaft des Emir Faisal beläßt, dessen Herrschaftsbereich auch Aleppo, Homs und Damaskus in sich schließt. In der englischen Machtphäre wird, so weit man voraussuchen kann, Mesopotamien und Palästina bleiben.

Die Lage Italiens ist demgegenüber eine vollständig abweichende von derjenigen geworden, die von den internationalen Abmachungen vorgesehen war. Ungeheuer ist die Bedeutung der von uns in Anatolien vollzogenen Besetzungen gestiegen, bis zu dem Zeitpunkt da Smyrna einerseits, Mersina und Alexandrette andererseits in anderen Händen sein werden. In der Tat weist der weite Küstenstreifen, der sich über mehr als sechshundert Kilometer zwischen Scalanova und Adalia erstreckt, nicht einen einzigen Hafen auf, der diesen Namen verdiente, und überdies ermangelt er jeglicher raschen Verbindung mit dem Hinterlande. Die anatolische Bahn, die der Küste parallel läuft, hat ihre eigentlichen Häfen in Smyrna und Mersina, in denen der Seeverkehr sich konzentriert und sich auf Grund der natürlichen Bedingungen und der vorhandenen Hafenanlagen entwickelt. Selbst wenn Italien die beiden Eisenbahnstränge Scalanova—Agassoluk (20 Kilometer) und Adalia—Burdur (120 Kilometer) erbauen und in Betrieb setzen könnte, so wäre die Hoffnung, den Hauptstrom des Verkehrs ableiten zu können, doch immer noch eitel, da weder Adalia noch Scalanova den Schiffen die Sicherheit der Ankerung bieten, die zur Vornahme des Löschens und Ladungsaufnehmens erforderlich ist. Man berücksichtige ferner, daß die Anlage des Hafens von Adalia fast unüberwindliche Schwierigkeiten bietet, während Scalanova praktisch genommen in zu großer Nähe von Smyrna liegt, um jenem Hafen erfolgversprechende Konkurrenz machen zu können, selbst wenn die gegenwärtigen Bedingungen der Ankerung und die Hafenanlagen verbessert würden. Politisch betrachtet hat außerdem die von Italien gegenwärtig besetzte Zone auch von ferne keine politische Eigenart, ein-

gewurzelte Überlieferungen verbinden sie überdies mit Smyrna, an dessen politischem Geschick sie allzusehr interessiert ist, als daß sie sich davon losmachen könnte. Es ist daher für Italien nicht möglich, dort zu bleiben, wo es jetzt steht, ohne sich eine sehr schwierig zu schützende und nur unter großen Kosten aufrechtzuerhaltende Situation zu schaffen. Nur bei Rückführung des anatolischen Gebietes unter die staatliche Einheit von Konstantinopel ist es möglich, das Fortbestehen des wirtschaftlichen Lebens von Smyrna und die Freiheit seines Verkehrs zwischen dem Hinterland und dem Meere zu gewährleisten. So lange die Griechen in dieser Stadt bleiben werden, wird der erbitterte Kampf mit den Türken sich derart hinziehen, daß er das bis gestern blühende Leben dieser überaus reichen Provinz zerstört, indem er einen Dauerzustand von Zusammenstößen und Verwicklungen erzeugt. Es liegt demnach im Interesse Italiens, die politische und wirtschaftliche Einheit jener Gebiete zu erhalten und zu verhindern, daß aus der Besetzung Anatoliens die türkischen Bewohner Kräfte zu einem Rückstoß schöpfen, dessen Folgen unberechenbar sein würden.



Der staatliche Lehrmittelverlag

Von Sekretär Dr. Weidemüller



Die Frage der Errichtung eines staatlichen Lehrmittelverlags ist seit der großen Staatsumwälzung vielfach erörtert worden, zuerst wohl im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Am 28. November vorigen Jahres brachte das „Berliner Tageblatt“, angeblich aus Buchhändlerkreisen, die kurze Mitteilung, der damalige preussische Unterrichtsminister Adolf Hoffmann beabsichtige ein Monopol für sämtliche Schulbücher zu schaffen: Schulbücher sollten in Zukunft unter Ausschaltung der Privatverleger und Privatbuchhändler von Staats wegen verlegt und gedruckt werden. Begreiflicherweise erregte diese Nachricht bei den Vertretern der beteiligten Industrien und des Buchhandels sowohl, wie auch bei den Pädagogen und in Elternkreisen das größte Aufsehen, und bald setzte eine lebhafteste Aussprache über diesen Gegenstand in Vereinen, in der Presse und im Parlament ein. Zunächst nahmen die verschiedenen Berufsvereinigungen der Verleger, Buchhändler, Buchdrucker (Arbeitgeber und Arbeitnehmer!) und einige Handelskammern Stellung dagegen. Besonders bekannt geworden ist die Denkschrift, die der Verlagsbuchhändler Dr. Ehlermann in Dresden im Auftrage der Vereinigung der Schulbuchverleger verfaßt hat und die den Stoff sehr ausführlich behandelt. In der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung besprach man am 2. Juni des letzten Jahres eine formelle Anfrage der Deutschen Volkspartei über das Schulbüchermopol, bei der Redner aller Parteien zum Worte kamen. Je nach ihrer politischen Richtung war auch ihre Stellungnahme in dieser Frage verschieden. Einig in der Ablehnung des Planes waren Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten. Die mehrheitssozialistischen Redner,